



Kulturausschuß

24. Sitzung (nicht öffentlich)

5. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 14.45 Uhr

Vorsitz: Leonhard Kuckart (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkt:

Seite

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

in Verbindung damit:

Bestimmungen mit Auswirkungen auf den Kulturbereich in Artikel I des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2402

Kulturrelevante Haushaltspositionen in

- a) **Einzelplan 02** - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Vorlage 12/1478
- b) **Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie
und Verkehr
Vorlagen 12/1460 und 12/1461
- c) **Einzelplan 15** - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
Vorlagen 12/1491 und 12/1546

Einzelberatungen gemäß Vereinbarung der Fraktionen

1

Der Ausschuß berät die kulturrelevanten Haushaltspositionen des Einzelplans 15.

Ergänzung des Ausschußprotokolls 12/656 über die 23. Sitzung des Kulturausschusses am 17. September 1997

7

Aus der Diskussion

Verhandlungspunkt:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

in Verbindung damit:

Bestimmungen mit Auswirkungen auf den Kulturbereich in Artikel I des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2402

Kulturrelevante Haushaltspositionen in

- a) **Einzelplan 02** - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Vorlage 12/1478
- b) **Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr
Vorlagen 12/1460 und 12/1461
- c) **Einzelplan 15** - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
Vorlagen 12/1491 und 12/1546

Einzelberatungen gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Da zu den kulturrelevanten Positionen der Einzelpläne 02 und 08 bereits in der letzten Sitzung eine Aussprache stattgefunden hat, beginnt der **Ausschuß** sogleich mit der Beratung des **Einzelplan 15**, wobei **Vorsitzender Leonhard Kuckart** die den Kulturausschuß betreffenden Seiten einzeln aufruft. Bei folgenden Positionen ergeben sich Wortmeldungen.

Kap. 15 040

Angelegenheiten der Stadtentwicklung, des Stadtverkehrs und der Freizeit

Auf Frage von **Brigitte Herrmann (GRÜNE)** zu Tit. 526 70 - *Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten* - bestätigt **Abteilungsleiter Brauser (Ministerium für Stadtentwick-**

lung, Kultur und Sport), aus dem Ansatz würden die Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge beglichen.

Kap. 15 610

Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Zu Tit. 684 16 - *Beihilfen für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen* - erkundigt sich **Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)** nach den Hintergründen für das niedrige Ist im Jahre 1996 und die erhebliche Ansatzkürzung im Haushaltsentwurf 1998.

Nach Angaben von **Ministerin Ilse Brusis** hat das niedrige Ist etwas mit der Haushaltssperre zu tun. Die Kürzung im Haushaltsentwurf sei ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Auf Frage des **Dr. Hans Horn (CDU)**, welche Gruppierungen aus diesem Titel unterstützt würden, verweist **Ministerin Ilse Brusis** auf Seite 59 des Erläuterungsbandes (s. *Vorlage 12/1491*).

Kap. 15 760

Bibliothekswesen

Manfred Böcker (SPD) wünscht zu erfahren, wie die Steigerung des Ansatzes um 1,75 Millionen DM bei Tit. 685 50 - *Anteil des Landes an der Abgeltung der Bibliothekstantieme* - zustandekomme und welchen Einfluß das Land darauf habe.

Ministerialrat Dietrich (Finanzministerium) führt aus, das Land sei vertraglich bzw. gesetzlich verpflichtet, diese Leistungen zu erbringen. Seit 1995 habe es eine Diskussion über die Höhe der vom Land zu zahlenden Anteile gegeben. Nach der erfolgten Einigung seien im Jahre 1998 Nachzahlungen für die vorausgegangenen Jahre notwendig. In den folgenden Jahren werde der Ansatz voraussichtlich wieder sinken.

Angesichts der erheblichen Kürzungen um rund 2,4 Millionen DM bei Titelgruppe 60 - *Zur Förderung des Bibliothekswesens* - möchte **Richard Blömer (CDU)** wissen, ob mit den verbleibenden Mitteln die Aufgaben der Technisierung, z. B. der angekündigte Anschluß aller öffentlichen Bibliotheken ans Internet bis zum Jahre 2000, überhaupt zu finanzieren sei und ob diese Kürzung nicht als Signal an die öffentlichen Bibliotheken verstanden werden könne, die eine oder andere Zweigstelle zu schließen.

Er begrüßt, daß das Ministerium solchen Bibliotheken wie in Königswinter, wenn sie in private Trägerschaft übergangen, Mittel zur Verfügung stelle, und fragt, ob sich diese Entwicklung in anderen Städten fortsetze.

Ministerin Ilse Brusis legt dar, der Aufbau der neuen Technologien sei mit dem verbleibenden Betrag finanzierbar. Es handele sich allerdings um ein mehrjähriges Programm.

Insgesamt könne sie die Kürzungen bei den Bibliotheken natürlich nicht bejubeln. Auf der anderen Seite müßten die in dieser Haushaltsenge noch zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden, und deshalb sei beabsichtigt, bei der Bibliotheksförderung eine Umstellung vorzunehmen. Mit der bisherigen Förderung sei in den letzten zwanzig Jahren eine ihres Erachtens vorbildliche Struktur im Lande aufgebaut worden. Diese Aufbauphase sei jetzt abgeschlossen. Solch eine Entwicklung wie in Königswinter werde es möglicherweise noch häufiger im Lande geben - allerdings mit der Konsequenz, daß diese Bibliotheken dann aus dem bisherigen Förderungssystem völlig herausfielen.

Das Ministerium wolle sich künftig stärker darauf konzentrieren, Innovationen zu fördern und den Bibliotheken zu helfen, sich auf neue Herausforderungen einzustellen. Wenn die Bibliotheken nicht die Möglichkeit hätten, im Bereich der neuen Medien den Anschluß zu gewinnen, vergrößere das die Gefahr, eine Gesellschaft zu bekommen, in der die einen den Zugang zu Informationen hätten und die anderen ihn nicht fänden. Ihr liege deshalb sehr daran, diese Aufgabe in den Vordergrund zu rücken.

Zur Frage des **Richard Blömer (CDU)**, ob nicht die Förderrichtlinien zugunsten der privatisierten Bibliotheken geändert werden müßten, stellt **Ministerin Ilse Brusis** fest, in der Tat ließen die bisherigen Richtlinien eine Förderung derartiger Bibliotheken nicht zu. Ob es die Möglichkeit gebe, mit den für die Förderung innovativer Ansätze vorgesehenen Mitteln auch solchen Bibliotheken zu helfen, sei noch zu prüfen. Abschließend sei über die neue Bibliotheksförderung noch nicht entschieden.

In dem Zusammenhang taucht nach den Worten von **Richard Blömer (CDU)** immer wieder auch das Problem der Ausbildung der Bibliothekare auf. Insbesondere kirchliche Bibliotheken, die kein Fachpersonal beschäftigen könnten, erfüllten deshalb nicht die Voraussetzungen einer Förderung. Ihn interessiere, ob das Ministerium vielleicht auch daran denke, die diesbezüglichen Bestimmungen zu ändern, weil das mit einer erheblichen Entlastung verbunden wäre und sicherlich auch bedeute, daß bestimmte Bibliotheksangebote aufrechterhalten werden könnten.

Ministerin Ilse Brusis will dies mit in die Überlegungen aufnehmen; denn in einer Situation, in der versucht werden müsse, mit weniger Mitteln möglichst effektiv zu arbeiten, stelle sich auch die Frage, ob vielleicht das vorhandene ehrenamtliche Engagement einbezogen werden könne. Auf der anderen Seite sei aber auch die Qualität der Arbeit wichtig. Deshalb würde sie lieber Überlegungen in der Richtung anstellen, wie die Qualität der Arbeit verbessert werden könne - unter Einbeziehung vielleicht auch der Bibliotheken, die im Augenblick über kein ausgebildetes Personal verfügten. Unter Umständen könne man da über Fort- und Weiterbildung etwas tun.

Kap. 15 820*Förderung der Museen, der Musik, der bildenden Kunst und des Schrifttums*

Zu Tit. 653 10 - *Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit* - bemerkt **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU), es heiße auf S. 82 des Erläuterungsbandes: "Die Förderung der Arbeit der Kultursekretariate bildet einen Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode." Gleichzeitig werde der Ansatz gekürzt. Das passe für sie nicht zusammen.

Es sei leider die Situation des Landeshaushalts, erwidert **Ministerin Ilse Brusis**, die die Landesregierung dazu zwingt, auch dort, wo sie Schwerpunkte ihrer Arbeit sehe, Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen. Sie gehe davon aus, daß diese leider nicht vermeidbare Kürzung die Arbeit der Kultursekretariate nicht so stark einschränken werde, daß sie nicht auch weiterhin eine wichtige und qualitätvolle Arbeit leisten könnten. Sie müßten aber vielleicht auf das eine oder andere Projekt verzichten.

Richard Blömer (CDU) macht geltend, daß es etwas anderes sei, bei den Kultursekretariaten, die ohnehin insgesamt nur 3 Millionen DM erhielten, 150 000 DM zu kürzen, als bei den 13 Millionen DM für die regionale Kulturförderung etwas wegzunehmen. Die Kultursekretariate nähmen im Bereich der regionalen Kulturpolitik eine sehr bedeutende Aufgabe wahr, und insofern sei zu fragen, ob es nicht sinnvoll sei, zumindest den Ansatz des Vorjahres beizubehalten und eine entsprechende Kürzung bei der Titelgruppe "Regionale Kulturförderung" vorzunehmen.

Ministerin Ilse Brusis widerspricht der Aussage, daß die Kultursekretariate im Bereich der regionalen Kulturpolitik wichtige Aufgaben wahrnahmen. Die Kultursekretariate hätten die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen den Städten zu optimieren. Das gehe weit über die Regionen des Landes hinaus. Die Kultursekretariate beteiligten sich wohl an den Diskussionen, übernähmen aber keine Aufgaben im Rahmen der regionalen Kulturpolitik. Sie glaube, daß die Kürzung maßvoll sei und nicht bedeute, daß die Kultursekretariate ihre Arbeit unzumutbar einschränken müßten.

Für das im Vergleich zu den Haushaltsansätzen geringere Ist-Ergebnis des Jahres 1996 bei Tit. 653 60 - *Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste* - wünscht **Richard Blömer** (CDU) den Grund zu erfahren. - Nach Angaben von **Ministerin Ilse Brusis** hat das etwas mit der Haushaltssperre 1996 zu tun.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) möchte wissen, warum bei Titelgruppe 90 - *Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch* - so deutlich, nämlich um fast 1,5 Millionen DM, gekürzt werde und warum gerade bei Tit. 685 90 die Kürzung am höchsten ausfalle.

Ministerin Ilse Brusis legt dar, hier handele es sich um reine Projektförderung, bei der man eher eine Kürzung vornehmen könne als etwa bei Personalkosten oder dort, wo das Land an der Finanzierung von Einrichtungen direkt beteiligt sei; denn das brächte unter Umständen die gesamte Einrichtung in Gefahr. Sie hoffe, in den nächsten Jahren wieder in eine Situation zu kommen, in der man auch für Projektförderungen wieder mehr Mittel zur Verfügung habe.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) bezeichnet es als bitter, daß gerade dort, wo Innovationen unterstützt werden könnten, besonders heftig zugelangt werde. - **Ministerin Ilse Brusis** empfindet das ebenfalls als bedauerlich. Weil die Titel gegenseitig deckungsfähig seien, hoffe sie, genügend Spielraum zu haben, die wirklich interessanten, spannenden und innovationsträchtigen Projekte gleichwohl fördern zu können.

Zur Titelgruppe 97 - *Regionale Kulturförderung* - macht **Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)** darauf aufmerksam, daß durch den Nachtragshaushalt der Ansatz im Jahre 1997 von 13,3 Millionen DM um 6 Millionen DM auf 7,3 Millionen DM abgesenkt worden sei. Das sei damit begründet worden, daß in der Anfangsphase noch nicht so viele Projekte angestanden hätten. Auf der anderen Seite sei der Seite 97 des Erläuterungsbandes zu entnehmen, daß im Jahre 1997 ein "Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der Konzepte" in den Regionen gerichtet worden sei.

Davon ausgehend wüßte sie erstens gern, wie viele der 1997 zur Verfügung stehenden Mittel eigentlich für die Konzeptentwicklung - Workshops und ähnliche Veranstaltungen seien ja sicherlich nicht kostenlos möglich gewesen - und wie viele Mittel für die Projektförderung ausgegeben worden seien. Zweitens interessiere sie, welche Beträge die einzelnen Regionen erhalten hätten. Wenn das heute nicht mitgeteilt werden könne, sei sie mit schriftlicher Beantwortung einverstanden. - **Richard Blömer (CDU)** schließt die Frage an, welche Projekte im einzelnen mit den Mitteln der regionalen Kulturförderung bislang gefördert worden seien.

Ministerin Ilse Brusis sagt zu, die genauen Zahlen zusammenstellen zu lassen und zu übermitteln.

Grundsätzlich merkt sie an, für die regionale Kulturförderung ständen seit dem Haushalt 1996 Mittel zur Verfügung. Obwohl die Konzepte erst noch entwickelt werden müssen, seien schon 1996 einzelne Projekte gefördert worden. 1997 sei das verstärkt geschehen, weil die Überlegungen in den Regionen schon so fortgeschritten gewesen seien, daß man habe sagen können, bestimmte Projekte entsprächen dem Sinn und Zweck der regionalen Kulturpolitik. Andererseits habe beim Nachtragshaushalt 1997 noch ein relativ hoher Betrag aus der regionalen Kulturförderung zur Verfügung gestellt werden können. 1998 werde man wahrscheinlich so weit sein, daß die Regionen auf der Grundlage ihrer Konzepte Aktivitäten entwickelten.

Ohne heute die genauen Zahlen nennen zu können, wolle sie doch schon feststellen, daß die Entwicklung der Konzepte nicht sehr viele finanzielle Mittel erfordert habe. Für die Auftaktveranstaltungen hätten in einigen Fällen Saalmieten und relativ geringe Bewirtungskosten

gezahlt werden müssen, und für die Teilnehmer an den Workshops seien Übernachtungs- und Verpflegungskosten angefallen.

Richard Blömer (CDU) bringt das Befremden seiner Fraktion darüber zum Ausdruck, daß der Ansatz bei Titelgruppe 98 - *Förderung der Kunst und Kultur der Frauen* - von 950 000 DM im Jahre 1996 auf nunmehr 500 000 DM zurückgeführt worden sei. Er wüßte gern, ob es zu wenig geeignete Projekte gebe oder ob dies auf ein nachlassendes Interesse der Koalition an diesen Fragen zurückzuführen sei.

Ein zu geringes Interesse an diesen Fragen gebe es ganz sicher nicht, stellt **Ministerin Ilse Brusis** fest. Es bestünden wohl Haushaltszwänge. Im übrigen sei die Förderung der Kunst und Kultur der Frauen für sie nicht von einem bestimmten Haushaltstitel abhängig. Im Kulturbereich könnten vielmehr die Frauen auch ohne speziellen Haushaltstitel in besonderer Weise gefördert werden; es sei richtig, das bei allen Aktivitäten zu prüfen.

Dennoch sei es sinnvoll, einen eigenen Haushaltstitel für die Förderung der Kunst und Kultur der Frauen zu haben, weil damit gezielt die eine oder andere Maßnahme, für die es sonst keine Förderungsmöglichkeit gebe, auf den Weg gebracht werden könne. Dies sei also der Versuch, angesichts der Haushaltszwänge einen Mittelweg zu gehen.

Kap. 15 830

Förderung von Theater, Film und Bild

Zu Titelgruppe 80 - *Theaterförderung* - stellt **Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)** mit Bedauern fest, daß die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände erheblich gekürzt würden. Sie bitte um Auskunft, ob die aus diesem Titel geförderten Kinder- und Jugendtheater auch von Kürzungen betroffen seien und welche Kinder- und Jugendtheater im einzelnen gefördert würden.

Ministerin Ilse Brusis macht deutlich, die Förderung von Kinder- und Jugendtheatern sei gegenüber dem Vorjahr um mehr als 27 000 DM auf 1 027 680 DM aufgestockt worden. - **Ministerialdirigent Kral (MSKS)** ergänzt, aus diesem Titel würden die Kinder- und Jugendtheater in Dortmund, Krefeld, Oberhausen und Essen gefördert.

GFG

Zum Museumsbau bemerkt **Richard Blömer (CDU)**, er vermisse die Ausbringung eines Landesbeitrags für den Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums in Köln, dessen Planung so weit vorangetrieben sei, daß mit einer Anfinanzierung im kommenden Jahr gerechnet werde.

Daß mit einem Finanzierungsbeitrag für 1998 gerechnet werde, ist **Ministerin Ilse Brusis** nicht bekannt. Es werde wohl mit einem Beitrag für das Wallraf-Richartz-Museum gerechnet, und der stehe auch zur Verfügung.

Nach Beendigung des Beratungsdurchgangs äußert **Vorsitzender Leonhard Kuckart** die Bitte, Anträge zum Haushalt möglichst eine Woche vor der Abstimmungssitzung, also bis zum 19. November, den anderen Fraktionen zuzuleiten.

gez. Kuckart
Vorsitzender

Ergänzung des Ausschußprotokolls 12/656 über die 23. Sitzung des Kulturausschusses am 17. September 1997

In dem genannten Ausschußprotokoll ist zu **TOP 3 - Aktuelle Viertelstunde - Gründung der Stiftung für Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur** - im Anschluß an den Bericht der Ministerin Ilse Brusis auf S. 12 folgende Ergänzung vorzunehmen:

Auf Nachfrage des **Richard Blömer (CDU)** nach der Herkunft der 40 Millionen DM Landesanteil an dem Stiftungskapital bestätigt **Ministerin Ilse Brusis**, diese Mittel seien aus dem "Handlungsrahmen Kohlegebiete" des Wirtschaftsministeriums zur Verfügung gestellt worden.

23.12.1997/09.01.1998